

## Hamburger Erklärung

Beschluss des Deutschlandrats der Jungen Union Deutschlands  
vom 15. bis 16. Februar 2020 in Hamburg

1 Annegret Kramp-Karrenbauer hat angekündigt, sich nicht als Kanzlerkandidatin von CDU und CSU zu  
2 bewerben und, damit verbunden, auch den Vorsitz der CDU Deutschlands abzugeben. Diese sehr  
3 persönliche Entscheidung verdient großen Respekt und unsere Anerkennung.

4 Mit Blick auf die Ereignisse in Thüringen ist für uns auch weiterhin klar, dass es kein Wackeln der Union  
5 bezüglich einer Zusammenarbeit mit der AfD oder der Linkspartei geben darf. Wir müssen in Zukunft  
6 wieder deutlicher erklären, warum diese Parteien – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – für  
7 uns keine Partner sein können und warum wir auch eine indirekte Unterstützung dieser Parteien  
8 ablehnen. Nur wer diese Erklärung klar formuliert und den politischen Gegner stellt, wird die Ränder  
9 wieder verkleinern. Sollten sich keine anderen Mehrheiten in den Parlamenten finden lassen, halten  
10 wir als letztes Mittel eine parteiunabhängige Regierung/Kandidaten für den richtigen Weg.

11 In ihrer Amtszeit hat es Annegret Kramp-Karrenbauer geschafft, CDU und CSU wieder  
12 zusammenzuführen und damit zu mehr Geschlossenheit innerhalb der Union beigetragen. Mit ihrem  
13 Verzicht auf die Kandidatur hat Annegret Kramp-Karrenbauer den Weg für einen anderen Kandidaten  
14 oder eine Kandidatin freigemacht und der Union eine große Chance eröffnet. Doch jetzt müssen alle  
15 in der Union begreifen, dass wir diese Chance nutzen müssen, um unseren Status als Volkspartei zu  
16 erhalten und die nächste Bundestagswahl zu gewinnen. Für uns ist klar: Kanzlerschaft bzw.  
17 Kanzlerkandidatur und Parteivorsitz gehören in eine Hand.

18 Jetzt kommt es darauf an, dass sich die CDU schnell handlungsfähig zeigt und bis zum Sommer Klarheit  
19 schafft. Weder darf die Union bis zum Ende des Jahres in eine Schockstarre verfallen, noch öffentlich  
20 Personaldebatten führen. Deshalb muss die CDU in den nächsten Wochen ein verbindliches Verfahren  
21 für die Wahl zum Parteivorsitz finden. Die handelnden Personen von CDU und CSU sind aufgefordert,  
22 gemeinsam eine Entscheidung zur Kanzlerkandidatur zu treffen. Dazu wird die Junge Union ihren  
23 Beitrag leisten. Gemeinsam mit einem starken Zukunftsteam und einer klaren Zukunftsagenda werden  
24 wir die jetzt vor uns liegende Chance nutzen und CDU und CSU als letzte Volksparteien erhalten.

25 Unser Wunsch ist es, dass sich die in Frage kommenden Persönlichkeiten auf den aus ihrer Sicht  
26 geeignetsten, aussichtsreichsten Kandidaten einigen und gemeinsam ein starkes Team bilden. Wir  
27 müssen jetzt alle daran mitwirken, dass wir in der Union zusammenhalten. Für den Fall, dass es letztlich  
28 mehrere Bewerber gibt, akzeptieren wir als Demokraten, dass unser Vorschlag für eine Urwahl auf den  
29 CDU- und CSU-Parteitag 2019 keine Mehrheit erhalten hat. Als Junge Union Deutschlands werden  
30 wir jedoch für diesen Fall unsere Mitglieder befragen und ein Stimmungsbild einholen.

31 Von einem Kanzlerkandidaten oder einer -kandidatin der Union wünschen wir uns eine klare inhaltliche  
32 Erneuerung. Dazu gehören große Reformen mit einer Innovationsagenda für die Wirtschaft und das  
33 Klima, die Digitalisierung der Arbeitswelt und Verwaltung, eine steuerliche Entlastung der Mitte der  
34 Gesellschaft sowie der Einsatz für ein generationengerechtes und zukunftsfähiges Rentensystem.  
35 Weiterhin erwarten wir im Interesse der jungen Generation insbesondere die Zusage zur konkreten  
36 Umsetzung der folgenden Projekte: Die Gründung eines Bundesministeriums für Digitales, die  
37 Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste selbstgenutzte Eigenheim und die Anhebung der  
38 Verdienstgrenze bei Minijobs auf 550 Euro.